

Antrag auf Gewährung von Fördermitteln für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Vereinsgebäuden

Den Antrag können Sie hier einreichen:

Datum

per E-Mail an dlze@stadtdo.de

oder per Post an:

Stadt Dortmund – Umweltamt
60/5-3
Brückstraße 45
44122 Dortmund

1. Antragstellende Person

Name des Vereins:	
Straße, Hausnummer:	PLZ / Ort:
Telefonnummer (tagsüber erreichbar):	E-Mail-Adresse:
Steuernummer:	Finanzamt:
IBAN:	
BIC:	
Geldinstitut:	
Name Kontoinhaber*in:	

2. Angaben zum*r Ansprechpartner*in (z.B. Vorstand, Geschäftsführung)

Name:	Vorname:
Funktion innerhalb des Vereins:	

Besteht für dieses Vorhaben eine Vorsteuerabzugsberechtigung?

ja

nein

3. Zu förderndes Objekt

Straße, Hausnummer:	PLZ / Ort:
---------------------	------------

Ich bin/wir sind

Eigentümer*in

Pächter*in/Mieter*in

Der Strombedarf liegt bei ca. _____ kWh/Jahr.

4. Angaben zur Maßnahme

4.1. Kurzbeschreibung der Maßnahme:

4.2. Voraussichtliche Gesamtkosten der Maßnahme laut Angebot des Fachunternehmens:

Gesamtkosten der Maßnahme: _____ Euro

Die zur Errichtung der Photovoltaikanlage vorgesehene Fläche beträgt _____ m².

4.3. Geplanter Maßnahmenbeginn: _____ Voraussichtliche Fertigstellung: _____

4.4. Wird/wurde diese Maßnahme bereits nach anderen Vorschriften oder anderen Förderprogrammen gefördert oder ist eine solche Förderung beantragt?

nein

ja, folgende Förderungen wurden beantragt bzw. genehmigt (Angabe von Fördermittelgeber und Fördersumme in Euro bzw. Prozent):

4.5. Wurde zu dieser Maßnahme bereits ein Leistungs- oder Liefervertrag abgeschlossen?

ja nein

5. Erklärungen:

5.1. Die aktuelle Richtlinie der Stadt Dortmund zur Förderung von Photovoltaikanlagen auf Vereinsgebäuden ist mir/uns bekannt und wird von mir/uns als verbindlich anerkannt.

5.2. Ich erkläre, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides nicht mit ihr begonnen wird. Als Beginn ist bereits der Abschluss eines Leistungs- und Liefervertrages zu werten.

5.3. Ich erkläre, dass ich über alle notwendigen rechtlichen und technischen Genehmigungen (z.B. statischer Nachweis, denkmalschutzrechtliche Genehmigung, Baugenehmigung, WEG-Beschluss) zur Durchführung der Maßnahme verfüge.

5.4. Mir ist bekannt, dass die Bewilligung des städtischen Zuschusses im Falle falscher oder unvollständiger Angaben oder eines Verstoßes gegen die vorgenannte Richtlinie widerrufen bzw. zurückgenommen werden kann.

5.5. Mir ist ebenfalls bekannt, dass alle eingegangenen Verpflichtungen einem eventuellen Rechtsnachfolgenden zu übertragen sind, wenn das bezuschusste Objekt vor Ablauf der Zweckbindung veräußert bzw. anderweitig verpachtet/vermietet wird.

5.6. Der Zuschussgeberin wird gestattet, die Maßnahme für die städtische Öffentlichkeitsarbeit auszuwerten.

5.7. Mir ist bekannt, dass das zuständige Finanzamt über die entsprechende Zahlung nach Maßgabe der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993, BGBl. I S. 1554 in der jeweils geltenden Fassung) sowie der dazu erlassenen Verfahrensregelungen unterrichtet wird. Meine steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten sind mir bekannt.

5.8. Die von mir in diesem Antrag (einschließlich der beigelegten Unterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

<u>Ort und Datum</u>	<u>Unterschrift</u>

6. Checkliste: Beizufügende Unterlagen

- Fotos oder Skizze des Einsatzortes inkl. Maßangaben
- Eigentumsnachweis (z.B. aktueller Grundsteuerbescheid)
- Miet- oder Pachtvertrag inkl. der schriftlichen Genehmigung des*der Gebäudeeigentümers*in zur Errichtung der Photovoltaikanlage, sofern die antragstellende Person Mieter oder Pächter ist
- ggf. denkmalschutzrechtliche Genehmigung
- Angebot eines Fachunternehmens über die auszuführenden Arbeiten mit Bezeichnung und Kostenschätzung der einzelnen Maßnahmen. Dabei ist der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.